



## Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

Fax: (0221)

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-  
KOELN.DE

Datum: 06.04.2020

## Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 03.03.2020, 15:00 Uhr bis 16:45 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

## Anwesend waren:

### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	TSD
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Ibrahim Alici	CI
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN Abwesenheit: 15:00 Uhr - 16:15 Uhr
Herr Mehmet Cambaz	
Herr Eugen Litvinov	
Herr Turan Özküçük	TSD
Frau Stella Shcherbatova	Einheit
Herr Ibrahim Toure	LiL
Herr Malik Karaman	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Rafael Christof Struwe	SPD

### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Yadigar Arslan	Seniorenvertreterin
Frau Petra Hovi	Agentur für Arbeit
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Wolfgang Uellenberg-van Dawen	Runder Tisch für Integration

### **Verwaltung**

Frau Susanne Kremer-Buttkereit	Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum (5001/1)
--------------------------------	--

Frau Monika Radke

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Mehmet Akif Ayata	MeVana
Herr Nebil Bayrakcioglu	GK
Frau Barbara Brunelli	GOL
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN
Herr Ali Esen	LB
Frau Sevil Inal	KL
Herr Lilli Licco	LiL
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD in Vertretung: Frau Elfi Scho-Antwerpes
Herr Christian Joisten	SPD in Vertretung: Herr Struwe, Rafael

### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Frau Dorothee Bodewein	Caritasverband für die Stadt Köln e. V.
Frau Saskia Dieke	Arbeitgeberverband Kölnmetall
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Herr Claus-Ulrich Prölb	Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Herr Erkan Zorlu	Deutscher Gewerkschaftsbund

Der Vorsitzende, Herr Keltek, eröffnet die Sitzung und heißt alle Integrationsratsmitglieder sowie Gäste herzlich willkommen

Herr Keltek macht vor Eintritt in die Tagesordnung auf folgende Punkte aufmerksam:

- Auf den Plätzen findet sich ein Dankesbrief der Interkulturellen Zentren an alle Mitglieder des Integrationsrates. Die Zentren bedanken sich darin für den Einsatz des Integrationsrates zur Erhöhung ihrer Zuschüsse für den Haushalt 2020/21.
- Am heutigen 03.03.2020 findet um 18 h auf dem Alter Markt eine Kundgebung zum Thema ‚Stoppt das Flüchtlingselend in Griechenland‘ organisiert von der Initiative Seebrücke, dem Flüchtlingsrat e.V. usw. statt.

Herr Keltek stellt die nachträglich auf die Tagesordnung genommenen Punkte vor.

TOP 3.3      Beantwortung einer Anfrage zum Verbot der muttersprachlichen Unterhaltung von Schüler\*innen während der Pausen in den Kölner Schulen

TOP 4.1      Anfrage zu Förderprogrammen des Landes für Migrant/innen

TOP 5.5      Mitteilung ‚27. Bericht zur Situation Geflüchteter‘

TOP 6.3      Dringlichkeitsantrag: Resolution des Integrationsrates Köln zum rechtsextremistischen Anschlag in Hanau

Änderungsantrag von CDU; FDP und Die Grünen

TOP 8.3      Beschlussvorlage zur Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“

RM Frau Hoyer bittet die Tagesordnungspunkte 5.5 sowie 8.3 aufgrund der Umfänglichkeit auf die nächste Sitzung zu schieben.

In der darauffolgenden Diskussion gibt es mehrheitlich eine Einigung, den TOP 5.5 zu verschieben und den TOP 8.3 in der aktuellen Sitzung zu behandeln.

IRM Herr Özkücük bittet, die aus der letzten Integrationsratssitzung am 14.01.2020 geschobene Beantwortung (0047/2020) seiner Anfrage zu Förderprogramme des Landes für Migrant/innen; hier: „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“, erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Vorsitzende Herr Keltek bittet, den TOP 6.1 zu schieben, da eine Stellungnahme seitens der Verwaltung nicht vorliegt.

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen der geänderten Tagesordnung zu.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
  - 3.1 Beantwortung einer Anfrage zum Umsetzungsstand des Eckpunktepapiers des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration (ZMI) aus einer früheren Sitzung  
4450/2019
  - 3.2 Beantwortung einer Anfrage zu politisch motivierter Kriminalität  
3953/2019
  - 3.3 Beantwortung einer Anfrage zum Verbot der muttersprachlichen Unterhaltung von Schüler\*innen während der Pausen in den Kölner Schulen -  
AN/1739/2019  
0544/2020
  - 3.4 Beantwortung einer Anfrage: Förderprogramme des Landes für Migrant/innen; hier: „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“  
0047/2020
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
  - 4.1 Anfrage zu Förderprogrammen des Landes für Migrant/innen  
AN/0244/2020
- 5 Mitteilungen**
  - 5.1 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss  
hier: Tanz  
0127/2020
  - 5.2 Kinderfreundliche Kommune Köln  
Erster internationaler Child Friendly Cities Summit in Köln, veranstaltet durch UNICEF und der Stadt Köln / Halbzeitbilanz "Kinderfreundliche Kommune"  
3580/2019
  - 5.3 20. Ehrenamtspreis "KölnEngagiert"  
4439/2019

5.4 Wohnungsangebote der Sozial-Betriebe-Köln gGmbH für Seniorinnen und Senioren  
0223/2020

5.5 27. Bericht zur Situation Geflüchteter  
0417/2020

## **6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

6.1 Erweiterung der Zuständigkeiten des Integrationsrates – Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln  
AN/1545/2019

6.2 Antrag zur Ächtung des N\*Wortes  
AN/0240/2020

6.3 Resolution des Integrationsrates Köln zum rechtsextremistischen Anschlag in Hanau  
AN/0298/2020

Änderungsantrag von CDU, GRÜNE, FDP  
AN/0312/2020

## **7 Berichte**

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

## **8 Beschlussvorlagen**

8.1 Änderung der Anlage 4 (Förderungshöhe) der Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren  
0237/2020

8.2 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2020  
0241/2020

8.3 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 – 4  
0442/2020

- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 1 Mitteilungen**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 **Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**

Liegen nicht vor.

### 2 **Gleichstellungsrelevante Themen**

Liegen nicht vor.

### 3 **Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

#### 3.1 **Beantwortung einer Anfrage zum Umsetzungsstand des Eckpunktepapiers des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration (ZMI) aus einer früheren Sitzung 4450/2019**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

#### 3.2 **Beantwortung einer Anfrage zu politisch motivierter Kriminalität 3953/2019**

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes bezieht sich in der vorliegenden Beantwortung auf die Bezeichnung „rechtsextreme Gruppen und extrem rechte Gruppen“ – den Unterschied hätte sie gerne klargemacht, da die Interpretationsmöglichkeiten sehr groß seien.

IRM Herr Edis merkt an, dass es sehr gut gewesen wäre, hier eine Einschätzung der Polizei einzuholen. Ein wichtiges Thema sei die Flyeraktion der „Atomwaffen Division“, die Flugblätter auf der Keupstraße und Umgebung verteilt hätten. Seitens der Bewohner seien noch viele Fragen ungeklärt. Auch in Bezug zu Hanau äußert Herr Edis den Wunsch, eine Stellungnahme der Polizei zu erhalten und bittet die im Polizeirat aktiven Ratsmitglieder darum, dort entsprechend nachzufragen.

Herr Edis sieht es aufgrund der aktuellen Entwicklungen als dringend erforderlich an, das Thema stärker auf die Agenda zu nehmen.

Die Verwaltung, Herr Oster, teilt mit, die Frage bezüglich der Begrifflichkeiten an das NS-Dok heranzutragen. Die Antwort wird nachgereicht.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

#### 3.3 **Beantwortung einer Anfrage zum Verbot der muttersprachlichen Unterhaltung von Schüler\*innen während der Pausen in den Kölner Schulen - AN/1739/2019 0544/2020**

IRM Herr Litvinov bittet die Verwaltung, die Beantwortung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung weiterzuleiten. Ferner bittet Herr Litvinov das Schulamt, die Beantwortung an die Schulen weiterzuleiten.

Der Vorsitzende, Herr Keltek, regt ergänzend an, das Positionspapier des Integrationsrates ‚Identität stärken – Mehrsprachigkeit fördern‘ vom 20.03.2017 mitzuschicken.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.4 Beantwortung einer Anfrage: Förderprogramme des Landes für Migrant/innen; hier: „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“  
0047/2020**

*(dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung nachträglich aufgenommen)*

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**4.1 Anfrage zu Förderprogrammen des Landes für Migrant/innen  
AN/0244/2020**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

**5 Mitteilungen**

**5.1 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss  
hier: Tanz  
0127/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.2 Kinderfreundliche Kommune Köln  
Erster internationaler Child Friendly Cities Summit in Köln, veranstaltet durch UNICEF und der Stadt Köln / Halbzeitbilanz "Kinderfreundliche Kommune"  
3580/2019**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**5.3 20. Ehrenamtspreis "KölnEngagiert"  
4439/2019**

Der Vorsitzender, Herr Keltek, bittet die Mitglieder des Integrationsrates, den Ehrenamtspreis, der jetzt erstmalig um den „Miteinander-Preis“ erweitert wurde, in ihren Netzwerken intensiv zu bewerben.



IRM Herr Edis bittet die Verwaltung, den Miteinander-Preis bei der internationalen Presse gezielt zu kommunizieren und das Presseamt darüber zu unterrichten, dass der Integrationsrat sich hierfür zur Verfügung stellt. Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.4 Wohnungsangebote der Sozial-Betriebe-Köln gGmbH für Seniorinnen und Senioren  
0223/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**5.5 27. Bericht zur Situation Geflüchteter  
0417/2020**

Die Mitteilung wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

**6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**6.1 Erweiterung der Zuständigkeiten des Integrationsrates – Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln  
AN/1545/2019**

Die Entscheidung über den Antrag wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

**6.2 Antrag zur Ächtung des N\*Wortes  
AN/0240/2020**

Der Antragsteller, IRM Herr Abeke, führt aus, dass Menschen aus Afrika aufgrund ihrer Hautfarbe immer noch mit unterschiedlichen Bezeichnungen rassistisch beleidigt würden. Ziel seines Antrages sei es, die Nutzung des N\*Wortes zukünftig zu ächten. Herr Abeke informiert in diesem Kontext über ein Urteil des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg Vorpommern. Ein MdL habe wegen wiederholter Verwendung des N\*Wortes einen Ordnungsruf erhalten, welcher laut Urteil des Landesverfassungsgerichtes aber unzulässig gewesen sei.

Herr Abeke betont, dass demütigende und verletzende Fälle dieser Art in Köln nicht vorkommen dürften und bittet deshalb, den Antrag an den Rat zu unterstützen.

RM Frau Schmerbach begrüßt für die SDP Fraktion den Antrag und regt an, in Punkt 2 den Begriff „bekämpft“ durch „vermeiden“ oder „ächtend“ zu ersetzen.

RM Herr Yurtsever informiert, dass die Fraktion Die Grünen den Antrag bei einer Änderung des Wortes ‚bekämpfen‘, ebenfalls unterstützt. Ergänzend fügt Herr Yurtsever hinzu, dass auch in der Filmbranche, u.a. in Filmen von schwarzen Regisseuren (bspw.: Spike Lee) das N\*Wort sehr häufig auftauche. Man solle dies auch im Blick behalten.

RM Frau Hoyer informiert, dass die FDP-Fraktion ebenfalls dem Antrag zustimmen werde. Es sei sehr erschütternd, im Sitzungsprotokoll der Landtags-sitzung in Mecklenburg Vorpommern die offensichtliche Boshaftigkeit durch ständige Wiederholung des N\*Wortes herauszulesen. Gerichtsurteile respek-tiere sie grundsätzlich, allerdings sei in diesem konkreten Fall die Annahme einer nichtrassistischen Haltung schwer nachvollziehbar, da das N\*Wort ganz klar zu provokativen Zwecken genutzt worden sei. Sie weist darauf hin, dass es im Januar Demonstrationen sowie Veranstaltungen aufgrund dieses Ge-richtsurteils gegeben habe.

RM Frau Tokyürek informiert, dass die Linke-Fraktion dem Antrag folgen wird und bittet Herrn Abeke, Demonstrationen dieser Art künftig breiter zu bewer-ben, damit daran Interessierte früh genug informiert werden könnten.

Das beratende Mitglied Herr Uellenberg van Dawen berichtet, dass im Koor-dinierungsausschuss des Runden Tisches für Integration der ehemalige Bun-destagsabgeordnete, Herr Gilges, darauf hingewiesen habe, dass aus seiner Sicht das Verwaltungsgericht sich hier anmaßt, in das Selbstordnungsrecht eines Parlaments einzugreifen. Dieser Aspekt sei auch für den Rat der Stadt Köln wichtig. Für ihn werde hier noch einmal deutlich, welches Denken sich in der Justiz breit mache, wenn das Selbstordnungsrecht des Parlaments zu Gunsten eines solchen rassistischen Begriffs in Frage gestellt werde.

RM Herr Erkelenz betont, dass er den Hinweis von Herrn Uellenberg van Da-wen sehr interessant finde, da der Oberbürgermeisterin in der letzten Ratssit-zung seitens der AfD vorgeworfen worden sei, dass im Zusammenhang mit der Seenotrettung „Blut an ihren Händen klebe“.

Herr Erkelenz fügt hinzu, dass die CDU- Fraktion den Antrag ebenso mittra-gen werde. In einer persönlichen Erklärung erläutert er allerdings, dass er ein Problem mit der Begrifflichkeit PoC (People of Color) habe.

Der Antragsteller IRM Herr Abeke tauscht das Wort ‚bekämpft‘ durch die Wor-te ‚vermieden und geächtet‘ aus.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat bittet den Rat, in Anerkennung der aktuellen UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft der Diskussion eines Urteils des Landes-verfassungsgerichtes Mecklenburg-Vorpommern zur die Nutzung des N\*Wortes <sup>1</sup> sowie der aktuellen Diskussion zu kolonialen Klischees und rassis-tischen Stereotypen in Köln <sup>2</sup> Folgendes zu beschließen:

„Der Rat

1. bittet die Verwaltung, die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Her-kunft in Köln umzusetzen und insbesondere anzuerkennen, dass jegliche Verwen-dung des N\*Wortes rassistisch ist,

---

<sup>1</sup> Gerichtsurteil Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern 19.12.2019: <https://www.mv-justiz.de/static/MVJ/Gerichte/Landesverfassungsgesamt/Entscheidungen/2019/1%20-%202019%20Urteil%2019.12.2019.pdf>

<sup>2</sup> Bericht im KStA am 14.2.2020: <https://www.ksta.de/koeln/rassismus-debatte-koelner-konditorei-verkauf-schwarzes-gebaeck-mit-knochen-im-haar-36242224> und am 17.02.2020: <https://www.ksta.de/koeln/kann-gebaeck-rassistisch-sein--das-problem-mit-den-koelner--mohrenkoepfen--36247964>

2. setzt sich dafür ein, dass jegliche Verwendung des N\*Wortes in der Stadt Köln *vermieden und geächtet wird*, um schwarzen Menschen und People of Color (PoC) ein friedvolles und diskriminierungsfreies Leben in Köln zu ermöglichen,
3. bittet die Verwaltung, zur Weiterentwicklung der Kölner Städtepartnerschaften den Vorschlag für eine Partnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara zur Entscheidung vorzulegen.“
- 4.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig mit Änderung beschlossen

(das Wort ‚bekämpft‘ wurde durch die Worte ‚vermieden und geächtet‘ ersetzt)

Es wird beschlossen, dass in der Sitzung des Rates am 22. März Herr Abeke den Antrag des Integrationsrates in Vertretung des Vorsitzenden vorstellen wird.

**6.3 Resolution des Integrationsrates Köln zum rechtsextremistischen Anschlag in Hanau  
AN/0298/2020**

Einstimmig zugestimmt mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen.

**Änderungsantrag von CDU, GRÜNE, FDP  
AN/0312/2020**

Der Vorsitzende, Herr Keltek, informiert darüber, dass er nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau bereits eine Presseerklärung herausgegeben habe und Passagen daraus im Kölner Stadtanzeiger abgedruckt wurden.

In der Koordinierungsrunde habe er die jetzt vorgelegte Resolution vorgestellt und sie wurde dort ausführlich diskutiert.

Herr Keltek sieht den jetzt eingebrachten Änderungsantrag von CDU, Grüne und FDP kritisch, da er auf die in der Resolution aufgeführten konkreten Maßnahmen gegen den Rassismus verzichte. Bereits in der Diskussion in der Koordinierungsrunde habe er als Antragsteller auf drei wesentliche –allerdings nicht kommunal zu erfüllende – Forderungen, wie die lückenlose Aufklärung des NSU-Komplexes, die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht und der Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit für Nicht-EU Angehörige verzichtet.

Herr Keltek hebt hervor, dass er sehr gerne eine konsensuale Entscheidung im Integrationsrat herbeiführen wolle und bittet die Antragsteller des Änderungsantrages um eine entsprechende Kompromissbereitschaft.

RM Herr Yurtsever erläutert, dass der Änderungsantrag u.a. deshalb eingebracht worden sei, weil der Ursprungsantrag keinen Beschlusstext habe. So hieße es in dem jetzt vorgeschlagenen Beschlusstext, dass der Integrationsrat sich in einem Workshop vertieft mit Thema beschäftigen solle mit dem Ziel, konkrete Maßnahmen zum Abbau von Rassismus und der Stärkung der solidarischen Stadtgesellschaft weiter zu entwickeln. Dies sei ein guter Rahmen, sich mit den in der Ursprungsresolution aufgeführten Maßnahmen zu beschäftigen.

Herr Keltek macht deutlich, dass sich der Integrationsrat seit seiner Gründung ständig mit diesen Themen befasse und er einen zusätzlichen Workshop an dieser Stelle als nicht sinnvoll erachte. Allenfalls sei für ihn ein Workshop gemeinsam mit den Fraktionsgeschäftsführern, weiteren Ratsmitgliedern und den Mitgliedern des Integrationsrates akzeptabel.

RM Frau Schmerbach weist auf eine Tagung am 18.05. von dem Bündnis gegen Rassismus „Köln stellt sich quer“ im NS-Dokumentationszentrum hin, dass unter Fe-

derführung des DGB Vorsitzenden stattfindet und bittet den Integrationsrat um aktive Teilnahme.

RM Herr Erkelenz ergänzt, dass in der Koordinierungsrunde kritisiert worden sei, der Integrationsrat werde bei Aktivitäten von „Köln stellt sich quer“ nicht berücksichtigt. Der vorgeschlagene Workshop könnte eine Möglichkeit bieten, als Integrationsrat Mitwirkende aus dem Bündnis „Köln stellt sich quer“ mit einzubeziehen. Außerdem sei im Ursprungstext zu lesen, dass endlich Taten folgen sollten. Auf dem gestrigen Integrationsgipfel der Bundesregierung seien konkrete Maßnahmen beschlossen worden und es sei sehr wichtig, deren aktuelle Themen in eine solche Resolution mit aufzunehmen. Wichtig wäre, dass die Kommunen durch den Bund gestärkt würden, damit konkrete Taten umgesetzt werden könnten. Der Integrationsrat solle den Bund beim Wort nehmen und dies solle mit dem Änderungsantrag deutlich gemacht werden.

Herr Vorsitzender, Herr Keltek, verliest an dieser Stelle die Überschriften der beschlossenen Maßnahmen des Integrationsgipfels

- Kabinettausschuss zu Rechtsextremismus und Rassismus
- Fachkräfteeinwanderungsgesetz
- Lotsen als Hilfen der Berufsankennung
- Treffen mit Migrant\*innenorganisationen
- Auf Deutschland vorbereiten
- Nicht über uns, sondern mit uns sprechen
- 

und lobt den Kabinettausschuss zu Rechtsextremismus und Rassismus.

IRM Frau Shcherbatova merkt an, dass in der Resolution der Begriff „Antisemitismus“ gesondert erwähnt werden müsse, da Rassismus und Antisemitismus verschiedene Arten von Diskriminierung seien. Sie schlägt vor, den Begriff `Rassismus` durch `Rassismus und Antisemitismus` zu ersetzen.

Der Vorsitzende, Herr Keltek, sagt zu, die Anregung zu berücksichtigen.

RM Frau Hoyer lobt die schnelle Reaktion des Integrationsrates auf die Anschläge in Hanau durch eine Presseerklärung. Bezüglich des Änderungsantrags betont Frau Hoyer, dass die Resolution in ihrer Fraktion begrüßt worden wäre und deshalb auch keine weiteren Ergänzungen, mit Ausnahme eines Verweises auf die beschlossenen Maßnahmen auf dem Integrationsgipfel, eingebracht worden wären. Aus ihrer Sicht seien die im Ursprungsantrag aufgelisteten Maßnahmen nur eine beispielhafte Aufzählung. Deshalb finde sie die Idee eines Workshops sehr gut, um dort über die ganze Palette von möglichen Maßnahmen zu sprechen.

RM Frau Heuser erinnert an die vielen Maßnahmen, die durch Zusammenarbeit im Integrationsrat zur Stärkung der Communities bereits umgesetzt wurden. Dies solle in der Erklärung mehr berücksichtigt werden.

IRM Herr Özkücük regt an, die Resolution mit den zwei Punkten im Änderungsantrag zu verabschieden und schlägt vor, den Workshop gesondert zu thematisieren, da dies in der Resolution untergehen könne.

Bei dem Ursprungsantrag habe Herr Özkücük eine redaktionelle Anregung bezüglich des Satzes „Die Kölner Verwaltung und Politik wird aufgefordert, in folgenden Themen aktiv tätig zu werden“. Man solle den Begriff „aktiv“ durch Begriffe wie „unverzüglich“ oder „massiv“ ersetzen.

RM Frau Tokyürek bedankt sich für den Antrag und erläutert, dass beide Anträge ihrer Ansicht nach eine Berechtigung haben. Die Ausrichtung eines Workshops, bei dem auf kommunaler Ebene tatsächlich Ergebnisse formuliert werden würden, finde

sie nicht verkehrt. Sie schlägt vor, die aufgeführten Maßnahmen als Anlage zu dem Änderungsantrag mit zu beschließen.

Das beratende Mitglied Herr Uellenberg van Dawen rät, den Punkt ‚Ausrichtung eines Workshops‘ als zusätzliche Maßnahme im Ursprungsantrag mitaufzunehmen.

IRM Herr Edis erläutert, dass es durchaus Sinn machen würde, beide Anträge zusammenzuführen, um letztlich ein gemeinsames Ergebnis zu präsentieren. Er schlägt vor, den Workshop in die ‚Konferenz Interkulturelles Köln‘ zu integrieren, um aus dieser Konferenz heraus Maßnahmen abzuleiten.

IRM Herr Abeke möchte wissen, wer bei einer Zusammenführung der beiden Anträge der Antragsteller sein wird. Aus seiner Sicht sollten die direkt gewählten Mitglieder hier stärker agieren. Zu dem Workshop stellten sich für ihn die Fragen, wie der vorgeschlagene Workshop gestaltet werden solle, ob er einmalig oder in regelmäßigen Abständen stattfinden und wer daran teilnehmen solle.

RM Herr Yurtsever merkt an, dass der Workshop – wie auch in der Vergangenheit durch die Geschäftsführung des Integrationsrates vorbereitet werden sollte. Er sei überrascht, dass einzelne Themen explizit nochmal in der Anlage aufgeführt werden müssten, wenn diese doch schon seit Jahren behandelt würden.

RM Herr Struwe merkt an, dass aus seiner Sicht die ursprüngliche Resolution deutlich zielführender sei als der Änderungsantrag. Konkrete Maßnahmen zum Abbau von Rassismus, Stärkung der Stadtgesellschaft etc. seien Geschäftsgrundlage des Integrationsrates – insofern seien die aufgeführten Maßnahmen sehr konkret. Den Workshop zu beschließen und den Maßnahmenkatalog außen vorzulassen, halte er nicht für zielführend. Die aufgeführten Maßnahmen sollten Bestandteil des Beschlusses sein und nicht nur als Anlage angefügt werden.

*Die Sitzung wird auf Beschluss der Mitglieder des Integrationsrates kurz unterbrochen.*

### **Beschluss:**

Die Mitglieder des Integrationsrates verständigen sich nach Diskussionen auf folgenden Resolutionstext:

„Der Integrationsrat beschließt:

#### **1. Nachfolgende Erklärung:**

Strategisches Ziel der rechtsextremistischen Gruppen und ihrer Anschläge auf Migrant\*innen ist deren Vertreibung aus Deutschland. Dies ist der Grund, warum sie Anschläge verüben und versuchen, möglichst viele Menschen zu töten.

Dies sind Angriffe auf das friedliche Zusammenleben aller Menschen.

Als Reaktion auf diese Anschläge fehlt nach wie vor eine durchgängige klare Positionierung von Politik, Medien und Gesellschaft in deutlichen unmissverständlichen Worten, verbunden mit praktischem Handeln. Es fehlt die klare Aussage, dass alle hier lebenden und vor allem die hier geborenen und aufgewachsenen Menschen fester Bestandteil unserer Gesellschaft sind und ohne Wenn und Aber zu diesem Land gehören, und es fehlt die Umsetzung konkreter Maßnahmen, die diese Worte glaubhaft machen.

Dies verunsichert weiterhin viele Migrant\*innen, macht sie zunehmend sprachlos, traurig, ratlos und wütend.

Die zentrale Antwort auf die rechtsextremistischen Morde muss sein, den hier lebenden Migrant\*innen unmissverständlich das Grundgefühl zu vermitteln, dass dies auch ihr Land und ihre Heimat ist. Die tiefe Verunsicherung, wie dieses Land zur Migration und ihren Migrant\*innen steht, hat eine lange Geschichte. Sie begann in Solingen, Mölln und Hoyerswerda und zieht sich über die NSU Anschläge (auch in Köln), die Ermordung des Regierungspräsidenten Lübke bis zu den jüngsten Anschlägen und Morden in Halle und jetzt in Hanau durch.

Die schreckliche Geschichte rechtsradikaler Morde wiederholt sich, aber es ändert sich faktisch im Umgang mit dem Rassismus zu wenig. Deutschland steht vor dem Ergebnis einer zur Frage von Migration und Umgang mit Migrant\*innen zu lange unentschiedenen Gesellschaft. Wir können es uns aber nicht leisten, diese Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu verlieren.

Es ist jetzt zwar positiv, dass sich nach dem Anschlag in Hanau viele Menschen aus Politik und Gesellschaft sofort eindeutig gegen den Rassismus positioniert haben und auch die Flaggen auf halbmast gesetzt wurden. Der Integrationsrat der Stadt Köln begrüßt auch die klare Positionierung und Erklärungen des gestrigen Integrationsgipfels in Berlin mit der Implementierung des Nationalen Aktionsplans Integration. Ziele des Aktionsplans sind die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die systematische Gestaltung der Integration. Dazu gehört auch der entschiedene Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Allerdings herrscht aufgrund der langjährigen negativen Erfahrungen weiter großes Misstrauen, denn zu oft wurden in der Vergangenheit große Reden gehalten, ohne dass diesen Reden Worte und konkrete Taten folgten. Zu groß bleibt das Misstrauen, wenn jetzt von vormaligen erklärten Gegnern der Zuwanderung große Trauerworte der Betroffenheit und Solidarität formuliert werden.

Wie können wir verlorenes Vertrauen wieder gewinnen - wie schaffen wir es, dass Migrant\*innen in unserm Land glauben, dass wir es ernst mit unseren Worten meinen und sie in diesem Land erwünscht sind.

Erwartet werden konkrete Taten!

Deshalb müssen Städte und Gemeinden den Bund nun beim Wort nehmen und auf die schnelle Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Integration drängen.

2. Dass er sich in einem Workshop vertieft mit Themen beschäftigt, die das Ziel haben, konkrete Maßnahmen zum Abbau von Rassismus und die Stärkung der solidarischen Stadtgesellschaft weiter zu entwickeln. Die in der Anlage beigefügten Maßnahmen sind Bestandteil des Workshops.“

Anlage:

<p><b>Es geht nicht um Fremdenfeindlichkeit, sondern um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</b></p>	<p>Es handelt sich nicht um ausländer- oder fremdenfeindliche, sondern um menschenfeindliche Anschläge. Es gibt in unserer Gesellschaft Personen, die nicht akzeptieren können, dass hier Menschen leben, die anders sind als sie selber und z.B. anders aussehen oder eine andere Kultur oder Religion haben. Diese Menschenfeindlichkeit bezieht sich auf ganze Gruppen, wie jetzt in Hanau auf Migrant*innen (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit). Aller-</p>	<p>Es muss öffentlich deutlich gemacht werden, dass es bei den Anschlägen nicht um Ausländer-oder Fremdenfeindlichkeit geht, sondern um Menschenfeindlichkeit.</p> <p>Es muss eine eindeutige Aussage gemacht und regelmäßig wiederholt werden, dass Migrant*innen selbstverständlicher Bestandteil der Kölner Stadtgesellschaft sind und damit dazugehören.</p>
---	---	--

	<p>dings muss auch klar sein, dass mit diesem menschenfeindlichen Weltbild nur die Mitglieder der eigenen Gruppe akzeptiert werden und nach den Migrant*innen auch weitere Gruppen, wie Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, LSBTIQ, Behinderte und Frauen bedroht werden.</p>	
<p><b>Interkulturelle Öffnung der Verwaltung umsetzen</b></p>	<p>Es ist ein sowohl für die 62% deutsch-deutschen als auch die 38% migrantischen Kölner*innen ein wichtiges Signal, wenn in der Kölner Verwaltung die Vielfalt der Stadt in angemessener Weise widergespiegelt wird. Daher muss der Prozess der interkulturellen Orientierung -und Öffnung der Verwaltung verstärkt umgesetzt werden.</p>	<p>Dies muss</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- durch eine entsprechende Einstellungs- politik und Erhöhung der Zahl von migrantischen Mitarbeitenden,</li> <li>- durch ansprechende Fortbildungen der städtischen Belegschaft zur interkulturellen Sensibilität und des Erkennens von persönlichen und strukturellen Rassismen erfolgen,</li> <li>- mit einer Öffnung des Zugangs zu städtischen Angeboten und Dienstleistungen für Kölner Migrant*innen erfolgen.</li> </ul> <p>Bei städtischen Publikationen ist insbesondere bei der Bebilderung darauf zu achten, dass diese die Vielfalt der tatsächlichen Stadtbevölkerung widerspiegelt.</p>
<p><b>NSU - Mahnmal in Köln- Mülheim realisieren</b></p>	<p>Der Umgang mit dem NSU bzw. dem Gedenken an die Opfer des Rechtsextremismus ist für die migrantische Community zentral dafür, wie ernstes die deutsch-deutsche Gesellschaft es mit der Bekämpfung des Rassismus tatsächlich meint. Nachdem aufgrund des undurchsichtigen Agierens u.a. des Verfassungsschutzes eine Aufklärung des NSU-Komplexes nicht möglich war, ist es umso wichtiger, in Köln zu zeigen, dass dieses Thema sehr ernstgenommen wird. Das geplante Kölner Mahnmal mit seinen über eine App abrufbaren virtuellen Wänden ist zudem ein ausgezeichnetes pädagogisches Angebot an Schulen zur Befassung mit dem Thema Rassismus und Rechtsextremismus.</p>	<p>Bei der Realisierung des Mahnmals ist zuerst der Investor der Fläche an der Keupstraße / Ecke Schanzenstraße gefragt bzw. alle in der Stadtgesellschaft, die eine Möglichkeit sehen, auf ihn Einfluss zu nehmen. Auch die Stadtplanung ist aufgefordert, noch einmal in Verhandlungen mit dem Eigentümer zu treten und die Erstellung und Abstimmung eines Bebauungsplans zu verabreden. Die Politik ist gefordert, gegebenenfalls eine Nutzung des Vorkaufsrechtes für das Grundstück zu entscheiden, um das Mahnmal umzusetzen.</p>
<p><b>Interkulturelle Sensibilisierung der Kölner Medienlandschaft</b></p>	<p>Es ist ein sowohl für die 62% deutsch-deutschen als auch die 38% migrantischen Kölner*innen ein wichtiges Signal, wenn in den Kölner Medien die Vielfalt der Stadt in angemessener Weise widergespiegelt wird.</p>	<p>Die Kölner Medien können einen wichtigen Beitrag zur interkulturellen Sensibilisierung in unserer Stadt leisten. Eine interkulturelle Sensibilisierung kann darüber erfolgen, dass den Redakteur*innen gespiegelt wird, wie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Serien über Clankriminalität,</li> <li>- Nennung der ethnischen Abstammung bei der Kriminalberichterstattung,</li> <li>- Nutzung von Bildern kopftuchtragender Frauen als Motivbilder bei der Berichterstattung über Geflüchtete und Migranten,</li> <li>- Nichtberücksichtigung von migrantischen Kölner*innen bei der Berichterstattung über kommunale Allgemitheemen und gleichzeitige Reduzierung ausschließlich auf migrantische Themen</li> <li>- etc.</li> </ul> <p>in der migrantischen Community und auch in der Mehrheitsgesellschaft wirken.</p>

<p><b>20 + 1 Bäume an Schulen pflanzen</b></p>	<p>Hintergrund dieser Initiative des Landesintegrationsrates ist, dass in der Vergangenheit verschiedentlich Bäume, die zum Gedenken an die Opfer des NSU in einigen Städten gepflanzt worden waren, zerstört wurden.</p>	<p>Der Integrationsrat möchte zum 25. Jahrestag der Gründung des Verbundes der ‚Schulen mit Courage‘, diese Schulen bitten, in Kooperation mit dem Grünflächenamt 20 + 1 Bäume auf Kölner Schulhöfen zu pflanzen und zu pflegen. Ursprünglich sollte diese Aktion im Gedenken an die Opfer des NSU ‚10 + 1 Bäume‘ genannt werden. Schrecklicherweise müssen jetzt weitere Opfer dazu gezählt werden. Es soll damit signalisiert werden, dass diese Opfer nicht vergessen sind.</p>
<p><b>Potentiale sichtbar machen</b></p>	<p>Migration wird in der Gesellschaft oftmals immer noch als defizitär wahrgenommen und diskutiert.</p> <p>Wichtig ist, die Potentiale von Migration und den Kölner*innen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Fokus zu rücken.</p> <p>Hierdurch können eine dringend notwendige Wertschätzung der Kölner*innen mit Migrationshintergrund erfolgen und die Potentiale der mitgebrachten Sprachen und kulturellen Kompetenzen für die Stadtgesellschaft genutzt werden.</p>	<p>Die Migrant*innen Milieu Studie (früher: Sinus Studie) des Bundesverbandes Wohnen und Stadtentwicklung (vhw), belegt auf wissenschaftlicher Grundlage die Heterogenität der migrantischen Community, die sich kaum von der Heterogenität der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet. Erkenntnisse wie z.B., dass ein sehr hohes Maß an gegenseitiger Übereinstimmung der Werte besteht, die Zahl der Potentialträger größer geworden ist und ein hohes Interesse an Bildung und Aufstieg besteht, muss durch eine entsprechende Kampagne deutlich gemacht werden.</p> <p>Kinder aus migrantischen Familien müssen gestärkt werden. Sie bringen in den allermeisten Fällen beim Eintritt in die Kita bzw. in die Schule neben Kenntnissen der deutschen Sprache bereits eine zusätzliche ‚Fremdsprache‘ - ihre Familiensprache mit. Diese Familiensprachen müssen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in Kitas und Schulen zugelassen</li> <li>- und zusätzlich durch geeignete Maßnahmen gefördert werden.</li> </ul>
<p><b>Antirassistische Arbeit stärken</b></p>	<p>Seit vielen Generationen (ca. 300 Jahren mit Beginn des Kolonialismus) werden insbesondere ‚weiße Menschen‘ rassistisch sozialisiert. Gleichzeitig ist ein Diskurs über den Rassismus in Deutschland aufgrund der Tabuisierung des Themas nach dem Ende des Faschismus äußerst schwer. Kulturell und ‚rassistisch‘ bestimmte Vorurteile sind aber nicht vorgegeben, sondern erlernt – d.h. sie können auch verlernt werden.</p>	<p>Die Förderung von rassistuskritischer Arbeit in Köln muss finanziell aufgestockt werden.</p> <p>Dies bezieht sich auf Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Beratung bei Diskriminierung und rassistischen Vorfällen,</li> <li>- des Empowerments für von Rassismus betroffene Kölner*innen,</li> <li>- zur Sensibilisierung gegenüber rassistisch und kolonialistisch geprägten Vorurteilen und Denken.</li> </ul>
<p><b>Gleichbehandlung aller Kölner Bürger*innen und Institutionen sicherstellen</b></p>	<p>Der Gleichheitsgrundsatz aller Menschen gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes ist von größter Wichtigkeit für unser soziales Zusammenleben. Ungleichbehandlung führt zu sozialen Spannungen und Konflikten.</p>	<p>Die Verwaltung muss – und dies ist Bestandteil der interkulturellen Öffnung – alle seine Bürger*innen und Institutionen konsequent gleich behandeln. Dies heißt z.B. auch, dass in gleicher Weise, wie sich deutsche Vereine und Religionsgemeinschaften in Köln betätigen dürfen, auch muslimische bzw. nicht-christliche Vereine aktiv sein dürfen. Die Verwaltung muss darauf achten, dass die jeweiligen gesetzlichen Grundlagen für <u>alle</u> gleich gelten und nicht aufgrund von Vorurteilen und Nichtwissen mit zweierlei Maß gemessen wird.</p>
<p><b>Stärkung der politischen Partizipation -</b></p>	<p>Aufgrund der fehlenden Repräsentanz von Kölner Politiker*innen mit Migrationshintergrund im Rat (vermutlich ca. 9</p>	<p>Der Integrationsrat muss</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- mehr Zuständigkeiten erhalten, um nicht ein (unattraktives) Alibi-gremium zu sein,</li> </ul>



<p><b>Stärkung des Integrationsrates Köln</b></p>	<p>%) und den Bezirksvertretungen (vermutlich ca. 6,6 %) ist das politisch gewählte Gremium Integrationsrat der einzige Ort, an dem die Belange der Kölner Migrant*innen auf Augenhöhe mit den Ratsmitgliedern politisch diskutiert und berücksichtigt werden können. Dieser Diskurs unter Berücksichtigung seiner Ergebnisse in der Politik ist vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderungen von zentraler Bedeutung und Wichtigkeit.</p>	<p>- strukturell durch Finanzierung von ausreichenden Mitarbeitenden (analog Fraktionsmitarbeitenden) in seiner politischen Arbeit gestärkt werden.</p>
---	--	---

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen.

**7 Berichte**

**7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**

**7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)**

Der Vorsitzende, Herr Keltek, macht auf die Kampagne `20 + 1 Bäume an Schulen pflanzen´ aufmerksam und bittet die Mitglieder des Integrationsrates, sich mit der zur Sitzung verteilten Handreichung zur Kampagne zu befassen. Herr Keltek kündigt an, einen Antrag zu diesem Thema in der nächsten Sitzung vorzulegen

**8 Beschlussvorlagen**

**8.1 Änderung der Anlage 4 (Förderungshöhe) der Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren 0237/2020**

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, die Förderungshöhe der drei festgelegten Kategorien zur Förderung der Interkulturellen Zentren in Köln ab 1.1. 2020 entsprechend Anlage 1 anzupassen.

Mit Beschluss des Haushaltsplans 2020/2021 des Rates vom 7.11.2019 wurde ein höheres Budget zur Förderung der Interkulturellen Zentren für 2020 festgelegt.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, Zeile 15 (Transferleistungen), zur Verfügung.

Die Anlage 4 der am 26.09.2019 beschlossenen Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren (VorlagenNr. 1909/2019/1) wird durch die Anlage dieser Vorlage ersetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**8.2 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2020  
0241/2020**

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

**Beschluss:**

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung für das Jahr 2020 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2020 in Höhe von zunächst 598.100,- € gemäß Anlage 2.

Die Mittel stehen in Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Zeile 15, Transferleistungen, zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**8.3 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“  
hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 – 4  
0442/2020**

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. die Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ sowie die Durchführung von Maßnahmen entsprechend des Konzeptes zur kommunalen Umsetzung der Landesinitiative unter dem Vorbehalt der Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS). Der Durchführungszeitraum beginnt am 01.07.2020 und endet am 30.06.2022.
2. die Finanzierung des Gesamtprojektvolumens von 2.956.360 € wie folgt:
  - Für das Haushaltsjahr 2020 werden die überplanmäßigen Mehraufwendungen i. H. v. 739.090 € im Teilplan 0504, Freiwillige soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, durch Minderaufwendungen in Höhe von 147.818 € im Teilergebnisplan 0503, Weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen sowie durch zweckgebundene Mehrerträge i. H. v. 591.272 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen, gedeckt.
  - Für das Haushaltsjahr 2021 werden die überplanmäßigen Mehraufwendungen i. H. v. 1.478.180 € im Teilplan 0504, Freiwillige soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, durch Minderaufwendungen in Höhe von 295.636 € im Teilergebnisplan 0503, Weitere soziale

Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen sowie durch zweckgebundene Mehrerträge i. H. v. 1.182.544 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen, gedeckt.

- Für das Haushaltsjahr 2022 werden die zusätzlichen Aufwendungen i. H. v. insgesamt 739.090 € im Teilplan 0504, Freiwillige soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, mit dem Eigenanteil i. H. v. 147.818 € in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen sowie den zweckgebundene Erträgen i. H. v. 591.272 € in der Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen jeweils im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity bei der Haushaltsplananmeldung berücksichtigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei zwei Enthaltungen

### **9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

Der Vorsitzende, Herr Keltek, kündigt an, die Presse über die Resolution samt Maßnahmenkatalog zu informieren.

### **10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

IRM Herr Abeke führt aus, dass Student\*innen aus Drittstaaten bzw. aus Nicht-EU Ländern einen „Finanzierungsnachweis“ beim Antrag auf Erteilung eines Visums vorlegen müssten. Der Geldbetrag müsse jeweils vor Antritt des Studiums überwiesen werden. Seit dem 01.01.2020 sei der Betrag von 8.800 Euro auf 10.236 Euro erhöht worden. Herr Abeke möchte wissen, ob es für Student\*innen aus Drittstaaten besondere Regelungen gibt, um akute Schwierigkeiten bei der Finanzierung abzufedern.

IRM Herr Litvinov informiert darüber, dass viele Migrantenorganisationen und Vereine ein Schreiben des Polizeipräsidiums zu ‚Anmelde- und Auskunftspflicht für Ausländervereine und ausländische Vereine‘ erhielten mit der irritierenden Aufforderung, sich anzumelden und Nachweis über ihre Tätigkeit zu führen. Herr Litvinov möchte wissen, ob dies rechtmäßig ist und ob die Überprüfungsmaßnahmen nicht bereits bei der Eintragung in das Vereinsregister vorgenommen worden seien.

IRM Herr Özkücü bittet die Verwaltung zu erläutern, wie sie die Förderfähigkeit von Institutionen sieht, in denen Geschäftsführung und Vorstand identisch sind.

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**